



Forschungsbericht zu Emil Georg Bührle

Eine gute Fehlerkultur sieht anders aus

MARC TRIBELHORN

Der Pulverdampf hat sich verzogen. Der Forschungsbericht über den «Kanonenkönig» und Kunstsammler Emil Georg Bührle liegt nun vor, nachdem in den letzten Monaten bereits viel darüber spekuliert und gestritten worden ist. Dass es ein «Meilenstein in der Erforschung der Schweizer Geschichte» ist, wie die politischen Auftraggeber frohlocken, ist zwar zu bezweifeln. Sicher aber ist es eine substantielle wissenschaftliche Synthese geworden, die der Projektleiter Matthieu Leimgruber und sein Team von der Universität Zürich vorgelegt haben. Die originelle Studie besticht vor allem dadurch, dass sie die Wechselwirkungen von Waffen, Geld, Kunst und sozialem Prestige anschaulich und ohne Moralin beschreibt. Der eiskalte Opportunist Bührle stieg mit Rüstungsdeals zum reichsten Schweizer auf, verwandelte einen Teil seines Vermögens in Kunst und damit in soziales Kapital, das ihm den Anschluss an die Zürcher Eliten ermöglichte. Diese Erkenntnisse sollen – so der Plan – bald auch dem Publikum im Kunsthause vermittelt werden, wo ab dem kommenden Jahr Bilder aus Bührles Kollektion zu betrachten sind.

Ende gut, alles gut? Nicht so schnell. Zum einen ist historische Forschung nie abgeschlossen. Auch in der Causa Bührle bleiben wichtige Fragen offen, etwa jene nach Kunstwerken in der Sammlung, die unter dem Begriff des Fluchtguts subsumiert werden könnten. Zum anderen hat das Bührle-Forschungsprojekt idealtypisch vorgeführt, wie heikel die historische Auftragsforschung sein kann, wenn politisch brisante Themen untersucht werden.

Der ehemalige Projektmitarbeiter Erich Keller, der für einen wesentlichen Teil des Forschungsberichts verantwortlich zeichnet, beklagte sich über die Einflussnahme des Steuer-

ungsausschusses und «Beschönigungen», die in den wissenschaftlichen Text Eingang gefunden hätten. Zwei externe Gutachten von renommierten Experten kommen zum Schluss, dass Kellers pauschaler Vorwurf der willfährigen Übernahme haltlos sei. Doch zugleich stellen sie fest, dass Kellers Kritik in einigen Punkten gerechtfertigt war und das Forschungsprojekt von seiner Intervention letztlich profitierte. Vor allem aber ist klargestellt worden, dass es der Glaubwürdigkeit von unabhängigen Studien schadet, wenn sich Steuerungsausschüsse und andere Interessengruppen in die Forschung einmischen. Zumal wenn wissenschaftliche Untersuchungen im öffentlichen Auftrag geschehen und vollmundig eine Aufklärung «ohne Tabus» versprochen wird. Hier braucht es künftig klare Richtlinien und mehr Transparenz.

Die Universität Zürich sieht indes keinen dringlichen Handlungsbedarf. Sowohl im verschickten Communiqué als auch an der Pressekonferenz hat sie die Gutachten ziemlich freihändig in ihrem Sinn ausgelegt. Der Forschungsbericht folge zweifelsfrei «der Best Practice der historischen Auftragsforschung». Diese Interpretation mag institutionenpolitisch vielleicht nachvollziehbar sein – die Hochschule geriet in den letzten Jahren einige Male in Negativschlagzeilen, etwa wegen der Mörgeli-Affäre. Doch sie dient nicht der Problemlösung. Richtig wäre es zuzugeben, dass in diesem prestigeträchtigen Forschungsprojekt Fehler passiert sind. Wie man es auch hätte machen können, demonstrierten die Zürcher Regierungsrätin Jacqueline Fehr und die Stadtpräsidentin Corine Mauch. Sie sprachen vor den Medien aus, was sich beim Bührle-Bericht trotz letztlich gutem Ausgang nicht mehr bestreiten lässt: Im Nachhinein gesehen sei die Einsetzung eines Steuerungsausschusses ein Fehler gewesen. – Auch das könnte man unter «Best Practice» verstehen.